Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 19 (1999)

Heft: 37

Artikel: Nachkrieg in Südosteuropa : die Interessen der Rüstungsindustrie und die ökonomischen Folgelasten

Autor: Lock, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652036

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Peter Lock

Nachkrieg in Südosteuropa

Die Interessen der Rüstungsindustrie und die ökonomischen Folgelasten

„Eine starke US-Europäische Partnerschaft ist alles, worum es bei dieser Kosovo-Angelegenheit geht."

Bill Clinton, Washington Post 24.3.1999

Über die Selbstbombardierung Europas hatte sich die moralische Empörung über das Flüchtlingselend der Kosovo-Albaner wie ein Nebel gelegt, der lange den Blick auf das angerichtete Chaos versperrt hatte. Während die Kriegspolitiker allseits versuchten, aus den Scherben der zehnwöchigen NATO-Bombardierungen eine Rechtfertigung ihres gescheiterten Handelns zu kitten, meldeten sich u.a. in London bereits die Lobbyisten der Unternehmen, die am Plan des Wiederaufbaus beteiligt sein wollen. In naher Zukunft wird man daher Anlageempfehlungen im Wirtschaftsteil lesen können wie: „Die Donau braucht Brücken, kaufen sie Aktien von Hochtief und Bechtel." Auch die Autoren einer Studie der Deutschen Bank sehen Wachstumsimpulse, die sich aus dem Wiederaufbau der Infrastruktur Südosteuropas ergeben (Deutsche Bank 1999). Trotz der markigen Politikerworte zum „neuen Marshallplan" sind die Perspektiven für die Region düster.

Während die Bundesrepublik Jugoslawien in den neunzige Jahren international isoliert war und wiederholt mit einem Wirtschaftsembargo belegt wurde, gelang es der alten Nomenklatura, sich zentrale Teile der Volkswirtschaft anzueignen und sich durch Kontrolle des Schwarzmarktes zu bereichern. Das Machtkartell war wiederholt zur Kooptierung politischer Strömungen gezwungen. Daraus hat sich ein Gesellschaftstypus entwickelt, den man als pluralistischen Totalitarismus bezeichnen kann. Seine politische Differenzierung beschränkt sich auf den Grad der Aggressivität serbischen Nationalismus. Auf dem politischen Pfad dieses serbischen Hypernationalismus hatte sich das Land in den neunziger Jahren in Kriegen und durch wuchernde Korruption wirtschaftlich ruiniert.Die NATO-Bombardierungen haben den selbstverschuldeten Ruin nur unendlich gesteigert. Im Ergebnis hat der Krieg vorerst die jugoslawische Föderation als eine europäische Zone der wirtschaftlichen und politischen Apartheid, ein „Serbistan" festgeschrieben.

Absoluter Verlierer dieses Krieges ist die albanisch-sprachige Zivilbevölkerung des Kosovo. Die fortgesetzte ökonomische und politische Diskriminierung durch das serbische Regime hat in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zu einer Gewaltbereitschaft vor allem jüngerer Kosovaren

geführt. Durch gezielte Terrorakte gegen die serbische Polizei im Kosovo gelang es UCK-Gruppen in Absprache mit den USA, eine Verschärfung der serbischen Repression zu provozieren und sie gleichzeitig für die Weltöffentlichkeit sichtbar zu machen. Hierdurch verfestigte sich bei einem langsam wachsenden Teil der albanischen Bevölkerung im Kosovo die Einschätzung, daß die Strategie eines bewaffneten Kampfes die einzige verbleibende Option albanischer Selbstbehauptung sei. Gleichwohl konnte es keinen Zweifel geben, daß ein Befreiungskrieg im dichtbevölkerten Kosovo allein nicht führbar ist.

Die serbischen Hypernationalisten haben zunächst zögerlich, dann aber offensichtlich strategisch geplant, auf die Schaffung serbischer Gebiete im Kosovo ausgerichtete militärische Polizeiaktionen als Antwort auf die Aktionen „albanischer Befreiungsterroristen" unternommen. Vor Ort folgte darauf die ethnische Säuberung, die sich vordem auf Vertreibungen innerhalb der Provinz beschränkte. Unterstellt man der UCK, der „Befreingsarmee des Kosovo", eine politische Logik des militärisch aussichtslosen Unterfangens, den Status des Kosovo mit Gewaltmitteln zu verändern, so war sie auf eine frühzeitige Intervention der NATO mit Bodentruppen angewiesen, falls andere politische Erzwingungsmittel der G-7 Staaten und der EU gegenüber Restjugoslawien, derer man sich sicher zu sein glaubte, ohne Wirkung blieben. Die militärischen Aktivitäten der UCK waren angesichts der skrupellosen Entschlossenheit der militärisch weit überlegenen serbischen Repressoren zum Scheitern verdammt. Im Ergebnis wurde die UCK zum fahrlässigen Zauberlehrling, der die größte Katastrophe der albanischen Bevölkerung in der wechselvollen Geschichte des Kosovo provoziert hat (Malcolm 1998), indem er die gewaltbereiten Reflexe des diktatorisch verfaßten serbischen Hypernationalismus ausgelöst hat. Wenn große Teile des geschundenen Volkes der Kosovo-Albaner in die weitgehend zerstörte und geplünderte Heimat zurückkehren, von den Massakern und Massengräbern hören, werden sie sich mit der UCK identifizieren. Denn das Elend trägt den Namen Serbien und die UCK hat sich des Mythos des Widerstandes bemächtigt. Anders als im Vertrag von Rambouillet sah der von der UN-Resolution abgesegnete Kosovo-Friedensplan vom Juni 1999 keine „Entwaffnung", sondern lediglich eine „Demilitarisierung" der UCK vor. So übernahm sie im Gefolge des Einmarsches der UN-Truppe KFOR in Pristina Polizei-, Kontroll-, und Verwaltungsfunktionen.

Die Europäische Union ist in diesem Krieg zunächst untergegangen, und es ist keineswegs sicher, ob die europäische Staatenwelt die Kräfte mobilisieren kann, die notwendig wären, um das EU-Projekt wiederzubeleben. Erst der NATO-Bombenhagel auf die Donaubrücken hat die europäische Politik visuell daran erinnert, daß auch Serbien ein unverzichtbarer Teil des Projektes Europa ist. Denn der in der Diktion des NATO-Sprechers „sauberste Krieg in der Geschichte" gefährdet die fragilen wirtschaftlichen Transformationsprozesse in den anderen Anliegerstaaten der Donau unter anderem dadurch, daß er die Donau als wichtige Transportader für längere Zeit

unbenutzbar gemacht hat. Deshalb auch wurden die Bombardierungen politisch mit dem Versprechen des Wiederaufbaus verknüpft.[1]

Die Schätzungen der durch die NATO-Bombardierungen direkt angerichteten materiellen Schäden[2] variieren erheblich. Die genannten Beträge zwischen 60 und 200 Milliarden Dollar entziehen sich der Vorstellungskraft jedes ökonomisch nicht geschulten Beobachters. Jedenfalls hatte Europa das voraussehbare Eskalieren eines gewaltförmigen Konfliktes im Kosovo (Unfinished Peace 1996) über Jahre sträflich unterschätzt. Europa war im Schlepptau der Vereinigten Staaten in die Falle einer ultimativen militärischen Gewaltoption am Ende des Verhandlungsprozesses in Rambouillet geraten, die für Europa auf einen NATO-Krieg hinauslief. Eine milliardenteure Bombardierung, die ihr deklariertes Kriegsziel, den Vertreibungen und der serbischen Gewalt im Kosovo Einhalt zu gebieten, verfehlt hat.

Was bei den ökonomischen Schadensrechnungen zumeist unberücksichtigt bleibt, ist die Tatsache, daß der Zustand der Volkswirtschaften in der südosteuropäischen Region vor Beginn der Kriegshandlungen bereits äußerst labil war und sie ständig in der Gefahr waren zu kollabieren (Gligorov/ Sundström 1999). Inwieweit die Folgen dieses Krieges einzelne Volkswirtschaften in der Region in eine Abwärtsspirale getrieben haben, wird man frühestens in Jahresfrist erkennen. Die politische Rhetorik des im Juli geplanten Stabilitätspaktes verschleiert, daß jeder EU-Bürger über viele Jahre einen Solidaritätszuschlag für den Wiederaufbau und die Wiederbelebung der Ökonomien in Südosteuropa zahlen muß. Dennoch wird von der gesamten stark zerstörten Region ein verstärkter Migrationsdruck ausgehen; legale und illegale Einwanderung nach der Europäischen Union wird als Resultat mangelnder Entwicklung zur einzigverbleibenden Lebensperspektive der meisten jüngeren Menschen.

In den Vereinigten Staaten, die als „letzte Supermacht" (Brzezinski 1999) weiter einen Hochrüstungskurs steuern, hatte der Luftkrieg die wirtschaftliche Dimension eines Großmanövers. Entsprechend wurde der Luftkrieg dazu genutzt, neue, zum Teil noch in der Erprobungsphase befindliche Waffen und elektronische Führungssysteme zu testen. Die bekannt gewordenen Beispiele dürften nur die Spitze eines Eisberges darstellen. Während der Einsatz von Kohlenstofffasern zur Ausschaltung der Stromversorgung umfassend dokumentiert wurde, gibt es über den Einsatz von Mikrowellenwaffen zur Zerstörung von elektronischen Systemen keine offizielle Bestätigung. Dies überrascht nicht, denn in den USA werden viele militärische Entwicklungsprojekte unter absoluter Geheimhaltung vorangetrieben. Ein weiteres Beispiel ist, daß die Marines es gegen die Luftwaffe durchgesetzt haben, ihre F-18 Kampfflugzeuge in Ungarn zu stationieren und mit einem eigenen, noch in der Erprobungsphase stehenden Flugleitsystem zu operieren. Ebenso sollen neuartige Zielmarkierungsdrohnen getestet worden sein, die die Witterungsabhängigkeit von Laserbomben aufheben. Schon jetzt sind alle Teilstreitkräfte der USA davon überzeugt, daß sie mit zusätzlichen Rüstungsgeldern in erheblichem Umfang rechnen dürfen.

Den Apologeten einer Weiterentwicklung des amerikanischen Militärpotentials – auf dem Weg zu einem Instrument globaler strategischer Kontrolle – erschien die auf Luftkrieg begrenzte lokale Operation als willkommener Test des in Planung befindlichen Arsenals von High-Tech-Waffen, die perspektivisch die Transformation des Soldatenberufes zu Operatoren großer elektronischer Steuerungszentralen anvisiert. In jenem automatisierten Schlachtfeld, das vom fernen Amerika gesteuert wird, gäbe es nur noch „white collar"-Jobs. Eine kurze erfolgreiche Operation im Kosovo sollte belegen, daß es in Zukunft nur noch der Luftstreitkräfte bedürfe, um Amerikas politische Interessen weltweit mit militärischen Mitteln durchzusetzen (Air Force Magazine 1999). Es war zu erwarten, daß das Scheitern des Luftkrieges hinsichtlich der „humanitären" Kriegsziele als militärischen Sieg gepriesen wird, an den sich ein Aufrüstungsschub in den USA anschließen wird.[3] Verlierer des Krieges werden in Amerika die Sozialausgaben und zukünftigen Rentner sein.

Von den Kriegsschäden und ihren ökonomischen Folgen, von Kriegsflüchtlingen sind die USA praktisch nicht betroffen, sie haben die Kosten für den Wiederaufbau an die EU, Weltbank und den IWF weitergereicht. Russische Beobachter sehen in der Initiative der USA, mit der NATO – Operation „Allied Force" und ohne ein UN-Mandat im Kosovo militärisch zu intervenieren, eine amerikanische Strategie, die die bestehende militärische Abhängigkeit Europas von den USA demonstrieren und die ökonomische Überlegenheit der USA stärken soll. Und indem man Europa die immensen Wiederaufbaukosten in Südosteuropa aufbürdet, stellt man sicher, daß der Euro nicht zu einer wirklichen Konkurrenz des Dollar wird. Hinter dieser Einschätzung mag auch die bittere Erkenntnis stecken, daß Europa sein Geld nur einmal ausgeben kann und entsprechend das wirtschaftliche Engagement der EU in Rußland noch schwächer werden wird.

Das Projekt eines demokratischen Europa wird endgültig scheitern, wenn es nicht gelingt, den südosteuropäischen Raum vollständig zu integrieren. Nur wenn ein erfolgreicher ökonomischer, alle einschließender Modernisierungsprozeß in Gang gebracht werden kann, bestehen realistische Chancen, das selbstzerstörerische Potential sich einander ausschließender nationaler Mythen politischen Gewaltunternehmern als Handlungsraum zu entziehen. Hieraus leitet sich ab, daß die Entwicklung in dieser Region (Ex-Jugoslawien, Albanien) möglichst parallel bzw. einheitlich gestaltet werden muß. Eine alle Kleinstaaten einschließende gemeinsame Wirtschaftszone als Vorbereitung auf den parallelen Beitritt zur EU wäre anzustreben. Denn eine Aufnahme nur eines Staates in die EU würde als Diskriminierung erfahren und würde wiederum politischen Gewaltunternehmern ein Aktionsfeld auf der Klaviatur nationaler Mythen eröffnen. Der notwendige wirtschaftliche Entwicklungsprozeß in der Region hat nur eine Chance, wenn dem derzeit vom Dayton-Abkommen sanktionierten Wettrüsten der Kleinstaaten Einhalt geboten wird und die EU eine militärisch glaubwürdige Garantie für die Unverletzbarkeit der derzeitigen territorialen Grenzen

leistet. Kroatien hat in der Krajina gezeigt, welche Folgen für Menschenrechte die konkurrierenden Aufrüstungsprozesse haben. Während die USA mit einem verarmten und kleinstaatlich atomisierten Südosteuropa strategisch rechnen, bedeutet diese Perspektive für das Projekt Europa seine Transformation zu einem Apartheidsystem, indem die Errungenschaften liberaler Rechtsstaatlichkeit von rechtskonservativer Migrantenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung hinweggefegt werden. Die Transformation der EU in eine oligopolistisch-präventive Sicherheitsordnung, wie sie von Trotha (1995) beschreibt, würde sich dramatisch beschleunigen.
Auf was muß sich Europa im Kosovo einstellen? Auf ein NATO-Protektorat wie in Bosnien? Zunächst gilt es die Ausgangslage vor Beginn des Luftkrieges richtig zu beschreiben. Auch wenn sich seit vierzig Jahren westliche Touristen in großer Zahl in Jugoslawien bewegt haben, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein bürokratisch-sozialistisches Wirtschaftssystem die Gesellschaft geprägt und deformiert hat (Popov 1998). Seine Besonderheit gegenüber der realsozialistischen Welt war, daß es seine zum Teil qualifizierten Arbeitskräfte in großer Zahl exportiert hat. Die Rücküberweisungen der Arbeitsmigranten und der sonstigen Diaspora waren ein zentraler Überlebensfaktor für die „bürokratisch-sozialistische" Staatsklasse, die sich in ihrem Rückzugsgefecht nunmehr noch in Serbien verbarrikadiert hat.
Kosovo war bereits das Armenhaus der Föderation, hat ein Bevölkerungswachstumn von jährlich 2,5, Prozent, ist zu großen Teilen eine kleinbäuerliche Gesellschaft in einer Region, die überwiegend noch in vormodernen, kinderreichen Familienverbünden mehrer Generationen lebte. Für die albanisch- sprachige Mehrheit erhöhten die Repressionen seitens der herrschenden Serben den Auswanderungsdruck. All dies hat die kosovo-albanische Gesellschaft zu einer Auswanderungsgesellschaft gemacht. Etwa ein Drittel dieser Gruppe lebte und arbeitete bereits vor den Vertreibungen im Ausland. Die verbliebenen zwei Drittel leben und arbeiten in ökonomischer Symbiose mit den Vettern und Kindern im Ausland. Dies erklärt auch die beeindruckende Selbstorganisation der albanischen Bevölkerung nach 1989 und vor allem das private Bildungswesen in einem ansonsten desolaten ökonomischen Umfeld, in dem alle staatliche Beschäftigung der serbischen Minderheit in der Provinz vorbehalten war. Auf dem Weg in die Moderne besteht die albanische Bevölkerungsgruppe aus zwei in Familienverbünden (noch) integrierten Lebenswelten: zum einen eine kleinbäuerlich-vormoderne Tradition und zum anderen vor allem emigrationsbedingt moderne, industriegesellschaftlich geprägte Segmente. Sicher ist, daß die Traumas dieses Krieges die kollektiven familiären Anstrengungen noch verstärken werden, den Kindern eine Ausbildung zu ermöglichen, die ihnen die Auswanderung in die westeuropäischen Staaten ermöglicht.

Für die serbische Bevölkerung im Kosovo galt, daß sie zu einem erheblichen Teil im staatlichen Sektor beschäftigt war. Der serbische Staat wird in der kriegsgeschädigten Wirtschaft dramatisch schrumpfen und die Beschäftigung von Serben im Kosovo weitgehend aufgeben müssen, so daß

nicht nur aus Angst vor Rache, sondern auch aus ökonomischen Gründen der Exodus der Serben nach dem 10. Juni vorgegeben war. Daß dieser Prozeß freilich auf der politischen und nicht auf der ökonomischen Folie wahrgenommen wird, erschwert zusätzlich die Chancen einer interethnischen Stabilisierung. Durch die Versorgungslogistik für die Flüchtlinge und durch die breiten Spuren der KFOR-Truppen sind der ökonomische Kollaps der kleinen Nachbarstaaten und die erheblichen Rückschläge in Kroatien und Bulgarien noch weitgehend verdeckt. Das kriegszerstörte Serbien, bislang wichtiger Handelspartner für Mazedonien, Teile von Bosnien-Herzegowina und Bulgariens, fällt nach dem gegenwärtigen Stand der politischen Äußerungen zum sog. Stabilitätspakt als integraler Teil des Rekonstruktionsprozesses aus. Der Nachweis von handlungsfähiger Staatlichkeit in Albanien nach der Plünderung unter Berisha ist erst noch zu erbringen, gegenwärtig ist das Land ein von militärischen und humanitären Truppen kontrolliertes Territorium mit ungewisser Zukunft.

Es kann bereits jetzt als gesichert gelten, daß weite Teile der Volkswirtschaften in der Region von Subsistenzproduktion und informellen Sektoren geprägt sein werden, denn eine erfolgreiche Integration der verfügbaren Arbeitskräfte in die global vernetzten Strukturen der Weltwirtschaft ist ausgeschlossen. Derart zerrüttete Staaten haben nur geringe Chancen, in der globalen Standortkonkurrenz mit attraktiven Angeboten Investoren einzuwerben. Die neoliberal geprägte Finanzwelt wird es zudem zu verhindern wissen, daß bei der ökonomischen Rekonstruktion Südosteuropas eine nichtsystemkonforme Strategie nachholender wirtschaftlicher Entwicklung zur Schaffung von Beschäftigung durch geschützte Märkte, wie es beim vielzitierten Marshallplan der Fall war, verfolgt werden kann. Selbst wenn es zur Finanzierung von großen Infrastrukturprojekten kommt, dann werden die dadurch bewirkten Beschäftigungseffekte nur von befristeter Dauer sein.

Die Zerfallserscheinungen vieler schwacher Staaten in diesem Jahrzehnt der Globalisierung muß eine Warnung dafür sein, daß aufholende Entwicklung, wie sie in Südosteuropa eingeleitet werden müßte, nicht mit ein paar Milliarden Euro Wiederaufbauhilfe zu leisten ist. Denn die desolate Ausgangslage generiert eine destruktive Dynamik, für deren Überwindung bislang keine überzeugende Strategie formuliert worden ist. Zunächst wird die informelle Wirtschaft vorherrschen. Sie entwickelt eine eigene Dynamik außerhalb staatlich regulierter Sphären. Dazu gehört die endemische Korruption des schwachen Staates. Auf diesem Entwicklungspfad treten an die Stelle eines regulierten Marktes zunehmend kriminelle Gewaltkartelle, die sich der unerschöpflichen Reservearmee arbeits- und perspektivloser Jugendlicher als Akteure bedienen können. Mitunter gelingt es derartigen Gewaltkartellen sogar den schwachen Staat zu usurpieren und sich internationale Aufbauhilfe anzueignen, wie dies zum Teil in Bosnien der Fall ist. Zusätzlich expandieren internationale Netzwerke mit krimineller wirtschaftlicher Zielsetzung, darunter Drogen-, Waffen-, Organ- und Menschenhandel.

Der NATO-Krieg hat den südosteuropäischen Hinterhof Europas grell beleuchtet. Er hat einige 100 Milliarden Euro-Kapital und wirtschaftliche Entwicklung vernichtet. Die sozialen und politischen Folgen dieses Krieges werden Europa so oder so transformieren. Möglich ist, daß man mittelfristig die Region aufgibt. Denn eine Region mit derart schlechten infrastrukturellen und politisch-psychologischen Voraussetzungen, die zum Überleben auf Wettbewerbsvorteile in der globalen Standortkonkurrenz angewiesen ist, steht ökonomisch gesehen auf verlorenem Posten. Daher wird das neoliberale Dogma in Südosteuropa auch auf den Prüfstand kommen müssen, weil es zu einer regionalen, in bestimmten Sektoren geschützten südosteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Vorbereitung einer langfristigen Integration in die Europäische Union keine Alternative gibt.

16. Juni 1999

Anmerkungen

1 In der FAZ vom 10.6.99 kommentiert Hans O. Barbier: „Eine Brücke ist eine Brücke. Für die Kostenrechnung des Kosovo-Krieges gilt diese triviale Gleichung nicht. In diesem Krieg mit doppelter Buchführung sind für jede gesprengte Donaubrücke, jede zerbombte Strasse, jede in Schutt gelegte Maschinenfabrik, jedes vernichtete Elektrizitätswerk und jede in die Luft gejagte Raffinerie zwei Buchungsspalten vorzusehen: eine für die Kosten der militärischen Zerstörung und eine für die Kosten des Wiederaufbaus. Das hat es so noch in keinem anderen Krieg gegeben: Zerstörung mit vorab versprochener Wiederherstellung [...] Ohne das Versprechen „Wir machen alles wieder ganz" hätte sich dieser Krieg als Nato-Krieg politische nicht führen lassen: für die Deutschen – und keineswegs nur für grüne oder andersfarbige Pazifisten – ist die Beteiligung am Akt der Zerstörung nur erträglich, wenn sie ihn sich als unschönen Beginn einer humanitär motivierten Aufbau- und Modernisierungsleistung schönreden können. [...] Der Wiederaufbau des Kosovo und ein Hilfsplan für den Balkan sind mit humanitären Argumenten bereits ausreichend zu begründen. Doch sie dienen den Interessen aller, auch der Mitglieder der Nato. Dafür gibt es ganz handgreifliche Überlegungen wie den ökonomischen Wert der Schiffbarkeit der Donau für halb Europa. [...] Man darf auf das Gefeilsche um die Finanzierungsanteile gespannt sein. Auch in der krudesten Form eines Kriegskeynesianismus – Brücken zerstören und neue bauen – sind die Summen eines umfassenden Wiederaufbaus keinem Finanzminister schmackhaft zu machen."

2 Was die „Kollateralschäden" (nach Bombardierungen ohne Rücksicht auf die Zivilbevökerung) angeht, ist an den Text des Genfer Abkommens v. 8.Juni 1977/1993 zu erinnern, an die einschlägigen Paragraphen der Zusatzprotokolle, die von den USA *nicht*, wohl aber von den meisten europäischen Staaten, darunter auch Jugoslawien, unterzeichnet worden sind. Protokoll 1, Teil III, Methoden und Mittel der Kriegsführung, Artikel 35: (3) Es ist verboten, Methoden und Mittel der Kriegsführung zu verwenden, die dazu bestimmt sind, oder von denen erwartet werden kann, dass diese ausgedehnte, langanhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursachen.

Dies zur von der NATO verwendeten Munition mit abgereichertem Uran.

Artikel 51: Schutz der Zivilbevölkerung. (2) Weder die Zivilbevölkerung als solche noch einzelne Zivilpersonen dürfen das Ziel von Angriffen sein. Die Anwendung oder Androhung von Gewalt mit dem hauptsächlichen Ziel, Schrecken unter der Zivilbevölkerung zu verbreiten, ist verboten. (4) Unterschiedslose Angriffe sind verboten. Solche

Angriffe sind (a) Angriffe, die nicht gegen ein bestimmtes militärisches Ziel gerichtet werden. (5) (b) Ein Angriff, bei dem damit zu rechnen ist, daß er auch Verluste an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigungen ziviler Objekte oder mehrere derartige Folgen zusammen verursacht, die in keinem Verhältnis zum erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen.

Zum Ausmaß der materiellen Schäden im Krieg um Kosovo sowie den Folgelasten gibt es Mitte Juni unterschiedliche Schätzungen (vgl. Der Spiegel 25/99). Nach eigenen Angaben flog die NATO vom 24. März bis 10. Juni 35 219 Einsätze. Allein die amerikanische Luftwaffe hat während des Krieges mehr als tausend Splitterbomben – auch „Streubomben" genannt – gegen serbische Ziele eingesetzt, wie die FAZ v. 24.6.99 berichtet. Die Zahl von britischen Flugzeugen abgeworfener Splitterbomben ist unbekannt. Eine Bombe des Typs CBU-87/B tötet jeden Menschen im Zielgebiet, das mit den 202 Einzelbomben auf einer Fläche von 150 mal 1000 Metern abgedeckt wird. Die NATO geht davon aus, daß bis zu 30 000 dieser Splitterbomben nicht explodiert sind. Abgeworfen wurde vorwiegend über dem Nordwesten und Südwesten des Kosovo – also in jenen Landesteilen über die die Vertriebenen aus Mazedonien und Albanien zurückkehren. Die Menschenrechtsgruppe Human Rights hat den Einsatz von Splitterbomben während des Krieges verurteilt. Wie Tretminen töten nicht explodierte Splitterbomben noch Jahre danach Zivilisten (im Irak nach 1991 mindesten 2 600, zumeist Kinder).

3 Die USA, die über ein Drittel der weltweiten Militärausgaben verbuchen, haben 1998 ein Rüstungsbudget vorgelegt, das für die kommenden Jahre mit steigenden Ausgaben rechnet. Als Waffenlieferant liegen die USA mit 42 Milliarden DM weit an der Spitze. Sie produzierten 1998 über 56 Prozent der weltweit verkauften Rüstungsgüter. Auch bei der Rüstungsproduktion liegen die USA weit vorne. Vgl. Bericht des Friedensforschungsinstituts Sipri, Stockholm 1999.

Literatur

Air Force Magazine, 1999: Strategic Control. February

Brzezinski, Zbignew, 1999: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt/M.

Gligorov,Vladimir / Sundström, Niclas, 1999: The Costs of the Kosovo Crisis. Vienna

Malcolm, Noel, 1998: Kosovo. A Short History. London

Popov, Nebojsa ed., 1998: Radiographie d'un nationalisme. Paris

Report of the International Commission on the Balkans, 1996: Unfinished Peace. Washington D.C

Trotha, Lutz von, 1995: Ordnungsformen der Gewalt oder Aussichten auf das Ende des Gewaltmonopols. In: Brigitta Nedelmann (Hg.): Politische Institutionen im Wandel. Sonderheft 35, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie